

Antrag P19: Kampagne gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

Antragsteller*in:

KV Köln, KV Solingen, KV Coesfeld und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Kampagne gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland**

2 Am Rande des jüngsten NATO-Gipfels gaben die Bundesregierung und die US-
3 Administration gemeinsam bekannt, dass ab 2026 US-Mittelstreckenraketen in
4 Deutschland stationiert werden sollen. Zugleich arbeitet die Bundesregierung zusammen
5 mit anderen europäischen Staaten an der Entwicklung eigener Mittelstreckenraketen.

6 Die Linke initiiert eine Kampagne gegen die geplante Stationierung von US-
7 Mittelstreckenraketen in Deutschland. Die Linke betont in dieser Kampagne die Gefahr
8 einer Eskalation zwischen den Atommächten Russland sowie den USA, lehnt dabei auch
9 die Bestrebungen zur Herstellung von deutsch-europäischen Mittelstreckenraketen ab
10 und stellt Forderungen nach Abrüstungsverträgen, Diplomatie und Entspannungspolitik
11 dagegen.

12 Die Linke ruft ihre lokalen Gliederungen dazu auf, den Kontakt mit der örtlichen
13 Friedensbewegung zu suchen und darauf hin zu arbeiten, lokale Initiativen gegen die
14 Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zu gründen.

15 Die Bundespartei gibt ihren lokalen Gliederungen Hilfestellungen, die Partei in
16 dieser Auseinandersetzung auch vor Ort sichtbar zu machen. Dazu zählt:

- 17 • Die Bereitstellung einer bundesweit einheitlichen Unterschriftenliste gegen die
18 geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen
- 19 • Die Bereitstellung von Verteilmaterial für Infostände und Verteilaktionen
- 20 • Die Erstellung eines Referent:innenpool als Hilfestellung für thematische
21 Veranstaltungen vor Ort
- 22 • Die Bereitstellung von Aufklärungs-Sharepics, Plakat- und Bannervorlagen in der
23 Cloud
- 24 • Die regelmäßige Bearbeitung des Themas in den Kommunikationslinien der Partei

25 In der Außenkommunikation der Partei, wie bei Social-Media-Beiträgen, Pressearbeit,
26 auf der Homepage und bei Pressekonferenzen, spielt das Thema eine wichtige Rolle. Die
27 Bundestagsgruppe unterstützt die Kampagne mit Anträgen, Anfragen an die Regierung
28 sowie mit eigener Öffentlichkeitsarbeit.

Begründung

Durch die Zustimmung zur geplanten Aufstellung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland befeuern Bundeskanzler Scholz und die Ampel-Koalition einen gefährlichen Rüstungswettlauf, welcher die Zukunft der Menschen aufs Spiel setzt.

Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen verändert die strategische Balance zwischen der NATO und Russland erheblich. Mit diesen US-Waffensystemen, insbesondere von „Tomahawks“ und Hyperschallwaffen, die eine Reichweite zwischen 2.500 km und 3.000 km haben, können Ziele tief im russischen Raum – insbesondere in Moskau – angegriffen werden. Russlands Reaktion könnte in der flächendeckenden Aufstellung von Waffensystemen entlang der inzwischen 2.500 km langen Grenze zur NATO bestehen. Die US-Waffensysteme verfügen über eine hohe Treffergenauigkeit und sind extrem manövrierfähig. Dies macht sie in Kombination mit

ihrer hohen Geschwindigkeit – insbesondere die Hyperschallwaffe (Dark Eagle) soll bis zu Mach 17 (~21.000 km/h) erreichen – zu »idealen« Waffen für einen Enthauptungsschlag auf die Moskauer Führungszentralen. Russland wird – ob berechtigt oder nicht – in seinen Planungen von einem solchen Szenario ausgehen, wodurch Deutschland zu einem zentralen Ziel werden kann. Vorwarnzeiten sind reduziert, der verstärkte Rückgriff auf KI-Systeme könnte erwogen werden – all das erhöht die Gefahr von Fehlwahrnehmungen, die zu »versehentlichen« Eskalationsspiralen zwischen den Atommächten führen können.

Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen schafft nicht mehr Sicherheit, sondern erhöht massiv die Kriegsgefahr. Aber auch ohne militärische Eskalation ist das bewusste Anheizen eines Rüstungswettlaufs verheerend für die Menschen in den betroffenen Ländern. Enorme Ressourcen werden in die Erforschung und Produktion neuer Waffensysteme gesteckt – Geld, das dringend für den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft sowie für die weltweite Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheiten gebraucht wird. Schon jetzt dient die Ausrichtung der Ampelregierung auf „Kriegstüchtigkeit“ und Aufrüstung als Begründung, Erwerbslosen das Bürgergeld zu kürzen und längere Arbeitszeiten für Beschäftigte durchzusetzen. Ein erneutes Wettrüsten wird diese Tendenz weiter verstärken und das gesellschaftliche Klima zugunsten militaristischer Hardliner:innen bei SPD, Grünen, FDP und Union verschieben.

Umfragen zeigen, dass viele Menschen in Deutschland der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen skeptisch gegenüberstehen. Die Kampagne soll einerseits mittels lokaler Aufklärungs- und Kampagnenarbeit den Druck auf die Bundesregierung für einen Kurswechsel erhöhen. Andererseits hilft sie dabei, das Friedensprofil der Linken anhand einer konkreten Auseinandersetzung zu schärfen.

weitere Antragstellende

Hannes Draeger (Nordrhein-Westfalen), Özlem Alev Demirel (MdEP), Alexandra Mehdi (KV Solingen), Christine Buchholz (BV Berlin Treptow-Köpenick/PV), Michael Brie (KV Oder-Spree), Inge Höger (Sprecherin BAG FiP/AKL), Margit Glasow (Parteivorstand), Ellen Brombacher (BV Berlin-Mitte), Sascha Wagner (Landessprecher Die Linke NRW), Matthias W. Birkwald (MdB/KV Köln), Kathrin Flach Gomez (Landessprecherin Die Linke Bayern), Adelheid Rupp (KV Rosenheim), Tobias Pflüger (KV Freiburg), Nils Böhlke (KV Düsseldorf), Ruben Lehnert (BV Berlin-Neukölln), Ota Jaksch (KV Oder-Spree), Martha Kleedorfer (BV Berlin-Mitte/KPF), Thomas Haschke (KV Stuttgart), Carsten Schulz (Stellv. Bezirksvorsitzender Die Linke Berlin Tempelhof-Schöneberg), Vera Baryshnikov (KV Magdeburg/linksjugend), Markus Berzins (KV Wuppertal), Christian Ott (KV Leipzig), Sabine Skubsch (KV Karlsruhe), Rudolf Bürgel (Landesausschuss BaWü), Thies Gleis (AKL), Lucy Redler (BV Berlin-Neukölln), Lukas Eitel (KV Erlangen/LaVo Bayern), Darius Dunker (Kreissprecher KV Aachen), Jürgen Bachmann (KV Schwalm-Eder), Hanna Wanka (KV Erlangen), Eliseo Maugeri (KV Essen/LAG Queer), Christian Köhler Pinzon (KPF NRW), Dirk Jakob (KV Siegen-Wittgenstein), Wolfgang Zimmermann (KV Düsseldorf), Artur Pech (KV Oder-Spree), Thilo Urchs (BV Berlin-Mitte), Jonas Hakenes (Kreissprecher KV Münster), Sebastian Rave (KV Bremen), Claus Ludwig (KV Köln), Salvatore Tamburello (KV Chemnitz), Sefika Minte (Landesvorstand Die Linke NRW), Florian Grams (KV Hannover), Nina Eumann (KV Bochum), Julian Eder (KV Wetterau), Udo Bonn (KV Düsseldorf), Edith Bartelmus-Scholich (KV Krefeld), Lea Stupan (KV Münster), Meinhard Meuche-Mäker (BV Hamburg-Eimsbüttel), Max Glagla (KV Münster), Stefanie Haenisch (LAG FiP Hessen), Frederick Heinz (KV Köln), Stanislav Jurk (Bezirksvorsitzender Berlin/BV Tempelhof-Schöneberg), Rolf Kohn (KV Recklinghausen), Lara Scheunemann (KV Frankfurt am Main), Karlheinz Paskuda (KV Göttingen), Timon Dörnfeld (KV Frankfurt), Bodo Hinkel (KPF), Melanie Rott (BV Berlin-Mitte), Stephan Jegielka (BV Berlin-Mitte), Martina van Holst (KV Frankfurt am Main), Wolfgang Klinger (KV Moers), Felix Wiese (KV Wuppertal), Elisabeth Wissel (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Rim Farha (KPF), Bülent Inanli (KV Wuppertal), Prof. Dr. jur. habil Hermann Klenner (KPF), Ariane Drexler (KV Frankfurt am Main),

Lukas Hof (SDS/KV Frankfurt am Main), Niklas Barth (KV Frankfurt am Main), Martin Gatzemeier (KV Gelsenkirchen), Doris Stöcker (KV Gelsenkirchen), Betina Angela Peipe (KV Gelsenkirchen), Moritz Fromme (BV Berlin-Neukölln), Gabi Engelhardt (Chemnitz), Moritz Wittler (BV Berlin-Neukölln), Jaime Martinez Porro (Bezirksvorsitzender Berlin Steglitz-Zehlendorf), Erich Postler (KV Greiz)